

Statt einer PRESSEMITTEILUNG – Information vom 26. Oktober 2012

Verteiler: Vorstand, Beirat und Mitglieder der Bundesvereinigung, Mitglieder des Netzwerks  
>Aufarbeitung des Unrechts der Wehrmachtjustiz< und weitere (potentiell) Interessierte in Medien und Gesellschaft

Bundeswehr-Gerichtsstand: Plenardebatte am Donnerstag, 25.10.2012, hier: Der **Mitschnitt der Plenaraussprache** von 21.34 h bis 22.08 h (Dauer: 34'04") auf der Internetseite des Bundestages im >Parlamentsfernsehen< ist unter folgendem Link direkt aufrufbar  
<http://www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?isLinkCallPlenar=1&action=search&contentArea=detail&s&ids=1975910&instance=m187&categorie=Plenarsitzung&destination=search&mask=search>

BV-Resümee:

**Oppositionsparteien einig: Keine Wahlkampfhilfe für FDP in Bayern und im Oberallgäu - SPD-Wandel von "skeptischer Offenheit zu offener Skepsis" (Berichterstatter MdB Strässer) - Konsequenz für Beratung im Bundesrat bleibt angefragt**

Die Stellungnahme der Bundesvereinigung vom 19. Oktober 2012 (Link: <http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Pressemitteilungen/PMBV20121019.pdf>) ging von diesem Beratungsergebnis=Annahme des Gesetzes mit Regierungsmehrheit aus. Bereits im August hatten der Vorsitzende und der Schriftführer in einem Brief an die Ministerpräsidenten der Bundesländer (Link: <http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Pressemitteilungen/PMBV20120815.pdf>) um Ablehnung des Gesetzentwurfs bei der abschließenden Beratung im Bundesrat gebeten. Zum damaligen Zeitpunkt - vor der Sachverständigenanhörung am 26.09.12 - war die Bundestagsfraktion der SPD - lt. MdB Christoph Strässer - noch "skeptisch offen" gegenüber dem Gesetzentwurf, der nun mit überzeugenden Gründen abgelehnt wird. Offen bleibt die Frage, welche Konsequenz dieser Meinungswandel für die bald anstehende Befassung des vom Bundestag beschlossenen Gesetzes im Bundesrat für die von den Oppositionsparteien regierten bzw. mitregierten Bundesländer haben wird. (Auch) Darüber wird auf der BV-Website berichtet werden. Erste Presseberichte unter <http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/index.php?page=presseberichte>

Mit freundlichem Gruß

Günter Knebel, Schriftführer im Vorstand der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V. und web-Redakteur: <http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de>

Kontaktdaten:  
Günter Knebel  
Ludwigsburger Str. 22  
D-28215 Bremen  
E-Mail: [Knebel-Bremen@t-online.de](mailto:Knebel-Bremen@t-online.de)